

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/207

28. Oktober 1971

Die FDP nach Freiburg

Von konservativen zum sozialen Liberalismus

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Bundeswehr in einer Phase der Konsolidierung

Konkretisierung der inneren Führung gewinnt
zusehend an Boden

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender des Sicherheitsarbeitskreises
der SPD-Fraktion

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredaktion: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Hausallee 2-10
Postfach: 0453
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 888 840 886 847
886663 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Die FDP nach Freiburg

Vom konservativen zum sozialen Liberalismus

Als kleine, geschlossene, vor allem aber mutige Partei präsentierte sich die FDP in Freiburg. Sie trennte sich auf ihrem Programmparteitag endgültig von einem falsch verstandenen konservativen Liberalismus und gab sich mit 55 Thesen ein neues progressives Profil. Sie hat sich damit aber auch eindeutig von der CDU/CSU als potentiellen Partner losgesagt. Zwar sagte der Parteivorsitzende Walter Scheel in seiner Eröffnungsrede, daß eine demokratische Partei zu keiner Koalitionsmöglichkeit "niemals" sagen könne. Doch daß die Union in absehbarer Zeit als Koalitionspartner nicht in Frage kommt, das wurde in Freiburg mehr als deutlich.

Mit den Freiburger Thesen - sie wurden in der Endabstimmung gegen nur zwei Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen - werden gleichzeitig die Grenzen des sozialen Liberalismus deutlich. Die FDP ist und bleibt eine Partei des Eigentums. Doch sie bekennt sich inzwischen einmütig, selbst in ihrem konservativsten Lager, zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Ihr Modell der Vermögensbildung ist in seiner Auswirkung für den einzelnen gewiß bescheiden. Doch es wäre falsch, hier nur auf Heller und Pfennig nachzurechnen, welche Summe in welcher Zeit angespart werden kann. Wichtiges ist, daß sie sich erstmals dazu bekennt hat, den Zuwachs am Produktivkapital, der bisher wenige Reiche noch reicheren machte, breiter zu streuen.

Das Freiburger Mitbestimmungsergebnis vermag gewiß nicht zu begeistern. Das 6:2:4-Modell, das mit einer Stärke

Mehrheit durchgebracht wurde, wird sicherlich nur im Idealfall das sein, was seine Erfinder behaupten: ein paritätisches Modell. Wichtiger ist die Tatsache, daß aus der FDP, für die vor wenigen Jahren das Wort Mitbestimmung praktisch ein Tabu war, in Freiburg gleich fünf Mitbestimmungsmodelle vorgelegt wurden. Das fortschrittlichste - der Hamburger Vorschlag mit einer paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates, allerdings ohne Sitze für die Gewerkschaft - hatte keine Chance. Von vornherein war klar, daß die Alternative nur das - angenommene - Modell des NRW-Wirtschaftsministers oder der Mainhofer-Vorschlag mit Art 20 sein konnte, eine Mitbestimmung mit den leitenden Angestellten, die die FDP ja vor allem als Wählergruppe ansprechen will. Durch die außerordentliche knappe Entscheidung für Riener wurde sichtbar, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann sich die fortschrittlicheren Kreise in der FDP durchsetzen werden.

Die Freiburger Entscheidung ist, bei allem was man an ihr aussetzen vermag, eine mutige Entscheidung. Das konservative Wählerpotential der FDP wurde zweifellos verschreckt. Für die FDP ist es eine Existenzfrage, ob es ihr gelingt, den Wählerstamm zu erobern, den sie von der Idee her als ihren ureigensten betrachtet: Den der "denkenden Minderheit". Mit ihrem fast einstimmigen Votum für Kari-Hermann Flach als neuen Generalsekretär hat sie den geeignetsten Strategen für ihren Kampf in den nächsten Jahren gewählt. Der Kampf wird vor allem gegen die CDU/CSU zu führen sein. Doch "KMF" ist fast verblissen optimistisch: "Die Leute werden sich wundern, wie wir kämpfen können". Und ob sie nun Mainhofer heißen, oder Ertl, Brener oder Genscher - sie werden gemeinsam hinter ihm stehen, wenn Freiburg keine Fata Morgana war.

Florentine Hoffmann
-/ex/23.10.1971/ks

+ +

Bundeswehr in einer Phase der Konsolidierung

Konkretisierung der inneren Führung gewinnt zunehmend an Boden

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender des Sicherheitsausschusses der SPD-Fraktion

Die Diskussion um die innere Führung in der Bundeswehr hat in letzter Zeit wirklich an Selbstverständlichkeit gewonnen. Seit dem Amtsantritt von Helmut Schmidt als Bundesverteidigungsminister haben drei Vortragsrunden die Öffentlichkeit bewegt, die das Prinzip der inneren Führung als zeitgemäße Menschenführung in der Truppe und den Stäben betreffen. Hierbei handelt es sich um die Schnez-Studie, die Thesen des "Lehrmanne '70" und die Schrift des "Majorsleute 1". Alle drei Arbeitspapiere beschäftigten sich mit - vielfach bereits bereits bekannt - Missständen in der Bundeswehr.

Diese Berichtschriften waren eine Herausforderung an die politische und militärische Führung des Verteidigungsministeriums sowie an die kritische Öffentlichkeit. Das Problem bestand darin, die Führungsgrundsätze der Streitkräfte an den Veränderungen unserer demokratischen Gesellschaft zu orientieren oder aber wieder mehr die Tendenz ehemaliger Kommiss-Vorstellung anzustreben. Auf zahlreichen wehrpolitischen Tagungen von Führung und Truppe wurde das demokratische Prinzip der freiwilligen Diskussion praktiziert, ohne - allen Unkenrufen der Konservativen zum Trotz - den militärischen Auftrag oder die Ordnung in den Streitkräften zu gefährden. Die Ehrenämter unserer Staatsbürger in Uniform, die ihre Rechte und Pflichten in unserem Staat und der Institution Bundeswehr voll wahrnehmen, hat sich eben in dem gleichen Maße wie in der sie tragenden Gesellschaft vollzogen.

Diese Verfassung der Bundeswehr wurde zu einem großen Teil mit der Veröffentlichung des "Weißbuch 1970" eingeleitet. Die

darin enthaltenen ungeschminkten Informationen und militärpolitischen Abhandlungen haben genug Anlaß gegeben, innerhalb der Bundeswehr - und nicht nur dort! - lernpädagogische Anlässe zu geben. Dieser Lern- und Umdenkungsprozeß scheint jetzt zu einem situationsgerechten Selbstverständnis der Streitkräfte geführt zu haben, der eine Konsolidierungsphase der Bundeswehr einleitet.

Die Realisierung von 110 der insgesamt 124 im "Weißbuch 1970" enthaltenen Einzelmaßnahmen hat die materielle und soziale Situation der Soldaten augenscheinlich verbessert. Für die teilweise schon lange aufgestauten Sorgen und Nöte der Soldaten aller Dienstgrade ist weitgehend Abhilfe geschaffen worden. Dennoch bleiben langfristige und tiefgreifende Reformen in der Bundeswehr unumgänglich. Kernstück dieses Reformpakets stellen die im ersten Halbjahr 1971 veröffentlichten Kommissionsberichte dar. Die kritische Anpassung an die sich verändernde strategische Lage und die technisierte Umwelt verlangen neue Planungen und Zielvorstellungen auf den Gebieten der Wehr- und Personalstruktur, Bildung und Ausbildung sowie der Rüstung. Die hierbei in Frage kommenden möglichen Alternativ-Vorstellungen sind in die Truppe und in die Öffentlichkeit gelangt und befinden sich mitten in der Diskussion.

Die sich also anbahnende Konsolidierung in der Bundeswehr wird nicht zuletzt dadurch gefördert, daß die politische und militärische Führung der Streitkräfte durch die Mittel der Information und der Diskussion, und basierend auf dem Prinzip der Öffentlichkeit, zeitgemäße Führungsmethoden anwendet, die in die Truppe und Stäbe beispielgebend hineinwirken.

1-/er/28.10.1971/ka